

2. Neudruck

Antrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Landesaufnahmeprogramm verlängern und verbessern

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Das Landesaufnahmeprogramm ist ein wichtiges Instrument in der humanitären Verantwortung des Landes Brandenburg, da es syrischen Geflüchteten ermöglicht, im Wege einer Verpflichtungserklärung durch Angehörige oder Dritte vor den kriegerischen Auseinandersetzungen und dem Terror in ihrem Heimatland bei uns Schutz zu suchen.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. das Landesaufnahmeprogramm über die bisher gültige Befristung vom 30.09.2015 hinaus schnellstmöglich zu verlängern,
2. die bisherige Stichtagsregelung, nach der syrische Staatsangehörige sich bereits seit dem 1. Januar 2013 im Bundesgebiet aufhalten müssen, insoweit zu ändern, dass diese Regelung künftig flexibel gestaltet ist,
3. bei der Verlängerung des Landesaufnahmeprogrammes die Möglichkeit der Abgabe einer so genannten Verpflichtungserklärung durch Dritte zu regeln und die Notwendigkeit eines Fortbestandes der Verpflichtungserklärungen zu prüfen, die im Rahmen der Landesaufnahmeanordnung für die syrischen Flüchtlinge abgegeben wurden bzw. werden, wenn ein späteres Asylverfahren erfolgreich durchgeführt wird,
4. die Aufnahme aus Anrainerstaaten Syriens, Syrien selbst und Ägypten zu ermöglichen,
5. bei Verwandten ersten Grades die Ergänzung um ‚mitreisende‘ Ehegatten und minderjährige Kinder vorzusehen,
6. die Herausnahme der Kosten für Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft, Geburt, Pflegebedürftigkeit und Behinderung im Sinne der §§ 4, 6 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) aus den abzugebenden Verpflichtungserklärungen beizubehalten.

Datum des Eingangs: 09.09.2015 / Ausgegeben: 23.09.2015

Begründung:

Durch den Bürgerkrieg in Syrien wurden große Teile der dortigen Bevölkerung vertrieben oder mussten aufgrund kriegesischer Auseinandersetzungen zur Rettung ihres Lebens fliehen. Brandenburg hat wie andere Bundesländer mit dem Bund Verantwortung übernommen und durch das Landesaufnahmeprogramm den in Brandenburg lebenden syrischen oder deutschen Staatsangehörigen einen Weg eröffnet, ihre Verwandten nach Brandenburg zu holen, unter der Voraussetzung, dass sie oder Dritte für den Lebensunterhalt der aufzunehmenden Personen aufkommen (sog. Verpflichtungserklärung). Deshalb soll das Landesaufnahmeprogramm für syrische Geflüchtete verlängert und in seinen Regelungen zugunsten der Geflüchteten verbessert werden.

Für die SPD-Fraktion

Für die Fraktion DIE LINKE

Klaus Ness
Fraktionsvorsitzender

Ralf Christoffers
Fraktionsvorsitzender

Für die CDU-Fraktion

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN

Ingo Senftleben
Fraktionsvorsitzender

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

Für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Iris Schülzke